

Die Zukunft gehört den Erneuerbaren Energien

„Im Zweifel für die Sicherheit“

Die christlich-liberale Koalition handelt verantwortungsvoll und entschlossen: Nach dem verheerenden Erdbeben in Japan wird sie noch einmal die Sicherheit aller deutschen Kernkraftwerke überprüfen. Bereits im vergangenen Jahr hatte die unionsgeführte Bundesregierung die Weichen gestellt: Die Zukunft gehört den Erneuerbaren Energien, die Kernkraft ist lediglich eine Brückentechnologie.

Sicherheit und Transparenz – angesichts der dramatischen Situation in Japan hat die Bedeutung dieser beiden Prinzipien christlich-liberaler Energiepolitik nochmals zugenommen. Deshalb hält die unionsgeführte Bundesregierung Kurs: Die Sicherheit der deutschen Bevölkerung bleibt wichtigstes Ziel aller Entscheidungen über die Zukunft der Kernkraft. Durch die Naturkatastrophen in Japan wurde es aber geradezu zwingend, zu prüfen, ob die Sicherheit der Kernkraftwerke in Deutschland noch weiter verbessert werden kann. Für die Dauer dieser ergebnisoffenen Untersuchung werden alle vor 1980 errichteten Kraftwerke abgeschaltet. Auch die Vorgänge in den betroffenen japanischen Kernkraftwerken sollen genau analysiert werden.

Bei allen offenen Fragen über die weitere Entwicklung in Japan sowie die Zukunft

der Kernkraft steht für Union und FDP eines fest: Die Zukunft gehört den Erneuerbaren Energien. Bereits im vergangenen Jahr hatte sich die christlich-liberale Bundesregierung in ihrem Energiekonzept auf den massiven und zeitnahen Ausbau von Quellen regenerativer Energien festgelegt. Darin heißt es unter anderem: „Ziel der Bundesregierung ist es, den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter voranzutreiben und zugleich den Druck auf Innovationen und Kostensenkungen weiter zu verstärken.“ Das Energiekonzept der Bundesregierung ist die erste umfassende Strategie zur Energieversorgung

Koalition für Überprüfung

Deutschlands seit Jahrzehnten. So findet darin etwa auch die Tatsache Berücksichtigung, dass ein weiterer Ausbau der Erneuerbaren Energien auch Investitionen in das Stromnetz notwendig macht. Die Grünen hatten sich bis zuletzt gegen einen Netz-Ausbau gewandt. In einer Regierungserklärung unterstrich Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am Donnerstag den überparteilichen Konsens in der deutschen Energiepolitik: „Wir sind uns alle einig, dass es keine neuen Kernkraftwerke geben wird und dass die Kernkraft nur eine Brückentechnologie ist.“ Sie halte es aber weiterhin für nicht sinnvoll, so die Bundeskanzlerin, die deutschen Kernkraftwerke, die zu den sichersten weltweit zählten, sofort abzuschalten. Immerhin müsste Deutschland dann viel Geld für Strom aus ausländischen Kern-

kraftwerken ausgeben, die teilweise deutlich weniger sicher sind.

Gleichzeitig erinnerte Frau Merkel daran, dass auch die Regierung Schröder keinen sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie geplant hatte. Tatsächlich würden auch nach der Vereinbarung der rot-grünen Regierung mit den großen Energieunternehmen – bei nur einer Ausnahme – heute noch alle Kernkraftwerke arbeiten. Ein weiterer Blick in die Geschichte macht die Kritik der SPD bei diesem Thema noch unglaubwürdiger: Der Baubeginn sämtlicher 17 Kernkraftwerke in Deutschland liegt zwischen 1970 und 1982 – in dieser Zeit führte die SPD unter Willy Brandt und Helmut Schmidt durchgehend die Regierung.

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor wenigen Tagen hat der türkische Ministerpräsident Erdogan während eines offiziellen Deutschland-Besuches einen Wahlkampfauftritt in Düsseldorf organisiert, in dem er den EU-Beitritt der Türkei eingefordert hat. Ich meine das Gegenteil: Die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei müssen gestoppt werden. Bevor weitere Verhandlungskapitel eröffnet werden, muss eingehend geprüft sein, ob bei der Gewährung von Religionsfreiheit in der Türkei endlich nachprüfbare Fortschritte gemacht worden sind.



Die neutral erstellten Fortschrittsberichte der EU-Kommission, die jedes Jahr fortgeschritten werden, ergeben auch für das Jahr 2010 wieder folgendes negatives Bild zur Religionsfreiheit in der Türkei: Muslimischer Religionsunterricht ist zwingend. Keine Änderung seit dem Jahr 2007. Die seit 1971 verbotene Priesterausbildung für die Orthodoxe Kirche ist auch im Jahr 2010 noch nicht möglich. Wer aber die freie theologische Ausbildung von Priestern nicht zulässt, der trocknet die Zukunft christlichen Lebens aus.

Ich selbst habe mit Unions-Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder und Vertretern der christlichen Kirchen im Sommer 2010 christliche Gemeinden in Anatolien besucht. Nach wie vor herrscht dort für eine wachsende Zahl von Christen Perspektivlosigkeit. Ein Land mit jetzt annähernd 2000-jähriger christlicher Tradition wird mit staatlicher Duldung mehr und mehr zur christenfreien Zone. Diese Entwicklung können und wollen wir nicht akzeptieren.

Mit freundlichen Grüßen



Johannes Singhammer MdB

Personelle Veränderungen I: Friedrich wird Bundesinnenminister

Christsozialer sorgt für innere Sicherheit

Der neue Bundesinnenminister stammt aus den Reihen der CSU. Dr. Hans-Peter Friedrich legte am Mittwoch seinen Amtseid ab. In seiner neuen Funktion ist er für die innere Sicherheit Deutschlands verantwortlich. Als Sportminister stellte Friedrich bereits wenige Tage nach seinem Amtsantritt die Bewerbung Münchens für die Olympischen Winterspiele 2018 vor.

Dr. Hans-Peter Friedrich ist neuer Bundesminister des Innern. Der 54-Jährige folgte am 03. März auf Thomas de Maizière, der seinerseits das Verteidigungsressort übernahm. Zuvor war Friedrich Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag. Friedrich, der verheiratet ist und drei Kinder hat, stammt aus Hof und gehört dem Deutschen Bundestag seit 1998 an.

Bereits in den ersten Tagen nach Friedrichs Ernennung zum Innenminister wurde deutlich, wie viele wichtige Politikfelder künftig in der Verantwortung des Christsozialen liegen. Bundespräsident Christian Wulff hatte Friedrich erst vor wenigen Augenblicken die Ernennungsurkunde überreicht, als der frischgebackene Minister von

Journalisten gefragt wurde, ob der Islam zu Deutschland gehöre. Fried-



Dr. Hans-Peter Friedrich, bisher Vorsitzender der CSU-Landesgruppe, wurde am Mittwoch als Bundesminister des Innern vereidigt.
Photo: Hans-Joachim M. Rickel

rich stand zu seiner schon früher geäußerten Auffassung, dass der Islam im Gegensatz zu Christentum und Judentum in Deutschland nicht historisch verwurzelt sei. Nur einen Tag später präsentierte Friedrich gegenüber dem Internationalen Olym-

pischen Komitee (IOC) die Bewerbung Münchens um die Winterspiele 2018. „Deutschland ist bereit für die Winterspiele“, zeigte sich Friedrich im Anschluss selbstbewusst. Zu Recht: Immerhin hatte das IOC die Bewerbung als „stark“ gelobt.

Auch hinsichtlich der von einer Expertengruppe vorgeschlagenen Polizeireform zeigte sich Friedrich entschlossen. Nach Prüfung der bisherigen Planungen entschied der Innenminister gegen die ursprünglich geplante Zusammenlegung von Bundeskriminalamt und Bundespolizei. „Das Zusammenspiel beider Organisationen muss aber verbessert werden“, so Friedrich. Die Polizeigewerkschaften begrüßten diesen Schritt als „kluge Entscheidung zum richtigen Zeitpunkt“.

Diese Woche

- Die Zukunft gehört den Erneuerbaren Energien
„Im Zweifel für die Sicherheit“ 1
- Personelle Veränderungen I:
Friedrich wird Bundesinnenminister
Christsozialer sorgt für innere Sicherheit 2
- Personelle Veränderungen II:
Zu Guttenberg hört auf
„Schmerzlichster Schritt“ 2
- Personelle Veränderungen III:
Gerda Hasselfeldt wird Landesgruppenvorsitzende
Eine Frau packt an 3
- Euro-Stabilisierung
Regierung verhindert Transferunion 4
- Neuer Straftatbestand
Nein zur Zwangsheirat – Ja zur Integration 4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Tassilo Wanner
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Personelle Veränderungen II: Zu Guttenberg hört auf

„Schmerzlichster Schritt“

Karl-Theodor zu Guttenberg hat am 01. März seinen Rückzug von allen politischen Ämtern erklärt. Wochenlang hatten deutsche Medien über Fußnoten-Fehler in seiner Dissertation spekuliert. Die überwältigende Mehrheit der Deutschen wünscht sich eine Rückkehr zu Guttenbergs.

Karl-Theodor zu Guttenberg hat alle politischen Ämter niedergelegt. Der 39-jährige Oberfranke bat nicht nur um Entlassung aus dem Amt des Verteidigungsministers, sondern verzichtete auch auf sein Abgeordnetenmandat. Damit zählt die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag nur noch 44 Mitglieder.

Mit diesem, so zu Guttenberg, „schmerzlichsten Schritt meines Lebens“ reagierte er auf eine wochenlange Diskussion über seine Dissertation, die von der Süddeutschen Zeitung ausgelöst worden war. Das Münchener Blatt hatte über Nachforschungen des in linken Kreisen gut vernetzten Bremer Professors Andre-

as Fischer-Lescano berichtet, der zu Guttenberg Formfehler vorwarf. Im Anschluss unternahm Medien und das oppositionelle Linksbündnis eine Hetzjagd auf den beliebten Verteidigungsminister.

Unterdessen hofft die breite Mehrheit der Deutschen auf eine Rückkehr zu Guttenbergs in die Politik. Laut einer repräsentativen Umfrage äußerten sich 62 Prozent der Befragten so. Auch bleibt zu Guttenberg der beliebteste Politiker der Republik. Auf dem politischen Aschermittwoch rief ihm der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer zu: „Du bist einer von uns, Du bleibst einer von uns – und wir wollen, dass Du wieder zurückkehrst.“

Personelle Veränderungen III: Gerda Hasselfeldt wird Landesgruppenvorsitzende

Eine Frau packt an

Gerda Hasselfeldt ist seit Montag Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag. Die Mutter zweier erwachsener Kinder vertritt die Christsozialen seit 1987 im Parlament. Seit den 1990er-Jahren übte sie herausragende politische Ämter aus. Als Landesgruppenchefin koordiniert Frau Hasselfeldt künftig die Arbeit der CSU in Berlin.

Die 1950 geborene Landesgruppenvorsitzende wuchs im Landkreis Straubing-Bogen auf. Dort unterstützte sie häufig die Arbeit ihrer Eltern in deren gast- und landwirtschaftlichen Betrieb. Nach dem Abitur studierte sie Volkswirtschaft und arbeitete zunächst in der Bundesagentur für Arbeit, bevor sie sich der Politik als Vollzeit-Job widmete.

Als Tochter eines Bundestagsabgeordneten fand Frau Hasselfeldt früh zur Politik: Mit 19 Jahren trat sie der CSU bei und engagierte sich bald auch in der Frauen-Union. 1987 wurde sie erstmals in den Deutschen Bundestag gewählt. Bereits zwei Jahre später wurde sie Bundesministerin für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. „Das war eine besondere Aufgabe zu dieser Zeit. Neben der allgemeinen Wohnungsnot sahen wir uns auch der ungeheuren Aufgabe der Sanierung der Bausubstanz in der ehemaligen DDR gegenüber“, erinnert sich die heutige Landesgruppenvorsitzende. 1991 wurde Frau Hasselfeldt Bundesgesundheitsministerin. „Die Begrenzung der Gesundheitskosten und Raucher-Prävention prägten meine Zeit in diesem Amt“, so Frau Hasselfeldt.

Von 1995 bis 2002 war die Bundestagsabgeordnete Hasselfeldt finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. „Hier konnte ich mich sehr gründlich in eine Materie einarbeiten, die mir als Volkswirtin naheliegt, und mich effektiv in die Politik einbringen“, erläutert Frau Hasselfeldt. Auch als stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion – in diesem Amt trug sie von 2002 bis 2005 Verantwortung – ging es um eine effektive Politikgestaltung und die Vermittlung zwischen verschiedenen Interessen. Seit 2005 war Frau Hasselfeldt Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages. „Dies war eine

ganz andere Aufgabe, sehr geprägt von Organisation und Koordinierung, sowie vom Vorsitz im Plenum“, resümiert Frau Hasselfeldt.



Gerda Hasselfeldt folgt als Vorsitzende der CSU-Landesgruppe auf Dr. Hans-Peter Friedrich Photo: Henning Schacht

Zuletzt wirkte Frau Hasselfeldt als Bundestags-Vizepräsidentin. Dabei wurde sie über die Parteigrenzen hinweg geschätzt. „Vorsitzende der CSU-

Landesgruppe“, so Frau Hasselfeldt, „das ist eine neue Herausforderung mit großem politischen Einfluss.“. An der Spitze der 44 christlich-sozialen Bundestagsabgeordneten gestaltet sie Politik für Bayern und Deutschland. Wie die Bundeskanzlerin und der CSU-Vorsitzende ist Frau Hasselfeldt Mitglied des Koalitionsausschusses, der die Leitlinien der christlich-liberalen Koalitionsarbeit festlegt. Für Interessenvertreter und die Presse ist Frau Hasselfeldt die erste Ansprechpartnerin aus den Reihen der Christsozialen in Berlin. „Das ist eines der spannendsten Ämter, die es gibt“, so Frau Hasselfeldt kurz nach ihrer Wahl zur Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag. „Ich freue mich darauf, mich mit ganzer Kraft für die Menschen in Bayern und Deutschland einzusetzen.“

++++ Blick nach links +++++ Blick nach links +++++

Kopflös...

Vor dem Gesetz sind alle gleich, doch wollen manche gleicher sein. Neuestes Beispiel: Annette Groth, Abgeordnete der Linkspartei. Sie demonstrierte gegen den neuen Bahnhof in Stuttgart und blockierte über Stunden hinweg mehrere Baustellenfahrzeuge. Als Polizisten zum Wegtragen kamen, wedelte sie mit ihrem Bundestagsausweis. Was sie damit wohl forderte? Beamte mit Samthandschuhen? Eine Säufte? Oder glaubte sie ernsthaft, für sie gälten andere Regeln als für den Rest der Menschheit? Falsch gedacht: Mittlerweise ermittelt die Stuttgarter Staatsanwaltschaft gegen Frau Groth. Die schwadroniert indes auf ihrer Internetseite über die angebliche „Willkür und Unverhältnismäßigkeit“ von Polizei und Staatsanwaltschaft. Soviel Kopflösigkeit ist selbst für eine Neo-Kommunistin erstaunlich.

...nach Stuttgart

Es wäre nicht das erste Mal: Auch in Stuttgart bereiten SPD und Grüne eine Regierungszusammenarbeit mit der Linkspartei vor. Rot und Grün rücken schrittweise von ihren Absagen an ein Linksbündnis ab – wie zuvor in Hessen und Nordrhein-Westfalen. Der grüne Spitzenkandidat will „in jede Richtung gesprächsfähig bleiben“, der Frontmann der Sozialdemokraten spricht inzwischen sogar offen von einer rot-rot-grünen Koalition. Die Linkspartei kann ihr Glück nicht fassen. „Das ist eine bemerkenswerte Wendung, die mich überrascht und erfreut“, bekannte etwa Ulrich Maurer, der früher zur SPD-Führung zählte und nun den Neo-Marxisten angehört. Sein Erstaunen konnte Maurer nicht davon abhalten, gleich Forderungen zu stellen: SPD und Grüne müssten sich noch weiter nach Links bewegen. Was für Aussichten!

Euro-Stabilisierung

Regierung verhindert „Transferunion“

Die christlich-liberale Koalition hält zweifach Wort: Einerseits leistet sie einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung unserer Währung. Andererseits verhindert sie die Umwandlung der Währungsgemeinschaft in eine „Transferunion“. Im Rettungsschirm für die Eurozone haftet jedes Land nur für seine Kredite.

Die Einrichtung eines dauerhaften Rettungsschirms in der Eurozone schreitet voran: Die Staats- und Regierungschefs der Eurostaaten verständigten sich bei ihrem außerordentlichen Gipfel am 11. März 2011 auf die Grundzüge des Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM), der ab 2013 an die Stelle des bis dahin befristeten Euro-Rettungsschirms treten soll. Nach der Einigung der Staats- und Regierungschefs wird der ESM über ein effektives Volumen von 500 Milliarden Euro verfügen und überschuldeten Eurostaaten sowohl durch die Bereitstellung von Krediten als auch durch den direkten Ankauf von Staatsanleihen unter die Arme greifen können.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel konnte in den Verhandlungen durchsetzen, dass der ESM nur im äußersten Notfall und unter strikten Bedingungen aktiviert werden kann. Zudem haftet jedes Land nur für die von ihm bereitgestellten Bürgschaften. Damit wurden zentrale deutsche Interesse gewahrt und die Umgestaltung der Währungs- zu einer Transferunion – wie von einigen Eurostaaten angestrebt – verhindert.

Dieses Ergebnis ist auch ein Erfolg der Koalitionsfraktionen: CDU/CSU und FDP haben der Bundesregierung erstmals vor wichtigen europäischen Verhandlungen detaillierte Leitlinien mit auf den Weg gegeben, die der

Bundeskanzlerin in den schwierigen Verhandlungen den Rücken stärkten. Angesichts der finanziellen Tragweite, die jede Nutzung des ESM haben kann, kommt es bei der weiteren Ausgestaltung nun darauf an, eine möglichst enge Einbindung des Deutschen Bundestags sicherzustellen.

Ergänzt wird der ESM durch die Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspakts sowie eine engere wirtschaftspolitische Abstimmung der Eurostaaten. Ziel ist es, die haushaltspolitische Disziplin und internationale Wettbewerbsfähigkeit der Eurozone dauerhaft zu sichern und damit künftige Euro-Krisen erst gar nicht entstehen zu lassen.

Neuer Straftatbestand

Nein zur Zwangsheirat – Ja zur Integration

Die christlich-liberale Koalition schiebt Zwangsheiraten einen Riegel vor. Mit einem Gesetz, das am Donnerstag den Deutschen Bundestag passierte, machten Union und FDP die Zwangsheirat zur Straftat. Gleichzeitig betont die Bundesregierung: Bestes Mittel gegen Zwangsheiraten ist eine gelungene Integration.

Zwangsheiraten werden in Deutschland künftig als Straftat verfolgt. Am Donnerstag verabschiedete der Deutsche Bundestag einen entsprechenden Gesetzesentwurf der christlich-liberalen Koalition. Das Gesetz erleichtert nicht nur den Kampf gegen die gewaltsame Verheiratung wehrloser Frauen, sondern enthält auch weitere wichtige Änderungen aufenthalts- und asylrechtlicher Vorschriften. So erhöhte die christlich-liberale Koalition durch die Schaffung eines eigenständigen Rückkehrrechts nach Deutschland die Chancen von Opfern von Zwangsheiraten. Außerdem stärkten Union und FDP die Bedeutung der Integrationskurse. Eine Nichtteilnahme kann zukünftig einfacher sanktioniert werden, da die Teilnahme nunmehr in einem direkteren Zusammenhang mit der Aufenthaltserlaubnis steht.

Damit trägt die Koalition der Tatsache Rechnung, dass eine gelun-

gene Integrationspolitik weiterhin die wirkungsvollste Prävention gegen Zwangsheiraten ist. Denn diese Straftat ereignet sich in der großen Mehrheit der Fälle in stark patriarchalisch geprägten Migrantenfamilien. Diese patriarchalischen Strukturen müssen unter Mithilfe von Migrantenorganisationen aufgebrochen werden; erst in einem zweiten Schritt ist es möglich, echte Akzeptanz für verfassungsgemäße Grundwerte zu erreichen. Darauf aufbauend können Migranten über das demokratische Verständnis von der Rolle der Frau in der Gesellschaft informiert werden. Aus Sicht der unionsgeführten Bundesregierung müssen Staat und Gesellschaft alles dafür tun, um Zwangsheiraten zu verhindern. Menschen, die bereits gegen ihren Willen verheiratet worden sind, müssten dagegen Auswege aus ihrer Lage eröffnet werden.

Die Opposition scheint dagegen zu verdrängen, dass erst im

vergangenen Jahr immer wieder eklatante Integrationsprobleme aufgetreten waren. In der Bundestagsdebatte vom Donnerstag verharmloste das oppositionelle Linksbündnis die Situation immer wieder. Doch Union und FDP bleiben bei ihrem Grundsatz, dass Integration nicht als Einbahnstraße funktionieren kann. Vielmehr müssen Migranten gleichzeitig gefördert und gefordert werden. In diesem Sinn ermöglichte die Koalition mit den Gesetzesänderungen vom Donnerstag auch Erleichterungen für bereits besonders gut integrierte Jugendliche. Damit werden die Migranten gefördert, die sich mit hoher Motivation schnell und eigenständig in Deutschland integrieren und um die Schaffung einer eigenen Lebensgrundlage bemühen. Durch diese Änderungen wird damit auch die Motivation der Eltern erhöht, in Deutschland Fuß zu fassen und sich für gesicherte Lebensverhältnisse für ihre Familie einzusetzen.